

Ablenkung des Bahnhofsvorverkehrs. In der Nacht von Freitag auf Samstag wird wegen Fahrdrachtauswechslung der Bahnhofsvorverkehr zwischen der Prinz Eugenstrasse und dem Mariahilfergürtel über die Karolinengasse bis Margaretenplatz-(Gleis der Linie 13) Margaretenstrasse - Reinprechtsdorferstrasse - Schönbrunnerstrasse - Gumpendorferstrasse - Wallgasse - Neubaugürtel geführt werden.

Der städtische Voranschlag 1927.

Allgemeine Verwaltung und Gemeindeunternehmungen.

Der Gemeinderatsausschuss für Finanzen beendigte heute die Beratungen des Gemeindebudgets für das Jahr 1927. Stadtrat Richter berichtet, dass der Abschnitt für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten im Jahre 1927 eine Ausgabe von 7,9 Millionen aufweist; die Einnahmen werden mit 740.000 Schilling veranschlagt. Die Gruppe hat meist Verwaltungsaufgaben zu erledigen; es sind daher die Einnahmen nur gering. In der Gruppe wird auch die Feuerwehr verwaltet. Im Jahre 1927 wird die Reform des Feuerwesens vollständig durchgeführt werden und das ganze Gebiet der Stadt Wien unter dem Schutz der Berufsfeuerwehr stehen. Auch die Kabelnetze der Feuerwehr werden erneuert. Von den Veröffentlichungen der Gemeinde wurde der Wohnungsausschuss eingestellt, weil er infolge des Ablaufens des Anforderungsgesetzes zwecklos geworden ist.

Gemeinderat Zimmerl protestiert gegen die Behandlung der freiwilligen Feuerwehren. Jahrzehntlang haben die freiwilligen Feuerwehren Hand in Hand mit der Berufsfeuerwehr gearbeitet und es haben sich keine Unzukömmlichkeiten ereignet. Es besteht gar kein Grund in so brutaler Weise die freiwilligen Feuerwehren aufzulösen. Es wäre viel zweckmäßiger und für die Gemeinde viel billiger, wenn man die freiwilligen Feuerwehren mit modernen Geräten ausrüsten würde. Auf dem Gebiet der Volksbildung leiste die Gemeinde, wenn man die Subventionen für ermässigte Theaterkarten und die Volksbibliothek ausnimmt, nahezu nichts. Es sei hier ein sehr deutlicher Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Redner erinnert an die Beschwerden vor drei Jahren, anlässlich der Aufnahme der Wählerliste. Der Magistrat müsse sich selbst bemühen, jede Person, die das Wahlrecht besitzt, in die Liste zu bringen. Er stellt den Antrag, dass die Post-Empfänge gesondert ausgewiesen werden soll. Schliesslich verlangt Gemeinderat Zimmerl, dass die Protokolle über die Landtags- und Gemeinderatssitzungen wieder gedruckt werden. Sollte die Mehrheit diesen Verlangen nicht entsprechen, sei die Minderheit bereit alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Gemeinderat Uebelhör wünscht die Erhöhung der Subvention für Theater- und Musikaufführungen. Früher wurden sechs Prozent der Lustbarkeitsabgabe für diesen Zweck gewidmet, heute kaum ein Zehntel. Die Gemeinde soll auch den Verein Volkleschalle subventionieren. Gemeinderat Binder fragt, wieso die Gemeinde einzelnen Personen das Heimatrecht entziehen könne. Bezüglich des Wählerverzeichnisses wäre es zweckmässig, wenn für jedes Haus eine eigene Seite angelegt werden würde. Stadtrat Kunschak meint, dass es der Würde und dem Ansehen der Gemeinde weit besser entspreche, wenn man den Beitrag zur Polizei erhöhe. Hier besteht ein ungesundes Verhältnis. Es wird auch Gelegenheit genommen werden, an einem konkreten Fall aufzuzeigen, dass die Polizei gesetzlich gar nicht berechtigt ist, die Erteilung der Lizenz für eine Veranstaltung zu verweigern, weil der Nachweis der Bezahlung der Lustbarkeitssteuer nicht erbracht wer-

den kann. Stadtrat Kunschak urgiert dann noch eine Subvention für den Christlich-Deutschen Turnerbund und bezeichnet es als eine Schande, dass die stenografischen Protokolle der Landtags- und Gemeinderatssitzungen nicht gedruckt werden.

Stadtrat Richter sagt in seinem Schlusswort, dass erst durch die Reform des Feuerwesens wirklich Ordnung auf diesem Gebiet erzielt worden sei. Wo die freiwillige Feuerwehr erklärt hat, dass sie mit der Berufsfeuerwehr gemeinsam arbeiten will, wurde dieses Anerbieten/angenommen. Durch die Reform werden Menschen und Material erspart. Während die freiwillige Feuerwehr oft zehn bis zwölf Minuten braucht, um fahrbereit zu sein, weil die Leute doch im Beruf stehen, muss die Berufsfeuerwehr in 32 bis 34 Sekunden fahrbereit am Gerät sein. Die Wählerliste enthalte mehr als eine Million Namen auf mehr als 50.000 Blätter, während früher nur 300.000 bis 400.000 Wähler waren. Die Angelegenheit des Gemeinderates Binder werde auf die Möglichkeit der Durchführung untersucht werden. Die frühere Gemeindeverwaltung hat von den Theatern zehn Prozent Lustbarkeitsabgabe eingehoben und gar keine Subvention für die Verbilligung von Theater- und Musikaufführungen gegeben. Jetzt werden nur fünf Prozent eingehoben und 80.000 Schilling Subvention für Kartenermässigungen gewährt. Was die Beitragsleistung zur Polizei anlangt, so habe auch der Bund keine Valorisierung der Beiträge an die Gemeinde vorgenommen, was insbesondere bei dem Beitrag des Bundes zur Erhaltung der Bundesstrassen ins Gewicht fällt. Die Gemeinde sei aber bereit, die Polizei zu übernehmen, so dass auch diese Beschwerde weg falle. Wenn die Polizei bei der Kontrolle der Lustbarkeitsabgabe mitwirke, so beruhe das auf Gegenseitigkeit; die Gemeinde helfe auch der Polizei in vielen Fällen. Die Drucklegung der Gemeinderatsprotokolle sei wegen des geringen Interesses kaum zweckmässig. Die Gemeinde Wien ist verpflichtet allen Personen, die sich ununterbrochen durch zehn Jahre in einer anderen Gemeinde aufhalten, das Heimatrecht zu entziehen, weil sie dann in der Aufenthaltsgemeinde zuständig werden. Ein Subventionsansuchen des Christlich-deutschen Turnerbundes sei bisher nicht eingelangt.

Der Antrag Zimmerl wird angenommen und die Ansätze des Abschnittes für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten werden gegen die Stimmen der Christlichsozialen genehmigt.

Stadtrat Kunschak berichtet, dass er bei der Beratung der Gruppe für Wohlfahrtsangelegenheiten nicht davon gesprochen habe, dass die Bediensteten im Baumgartner Friedhof bei den Leichenbegängnissen eine grosse Eile entwickeln, dies habe Gemeinderat Angermayer bezüglich der Begräbnisfeierlichkeiten im Zentralfriedhof gesagt. Er habe kritisiert, dass die Bediensteten bei den Leichenbegängnissen im Baumgartner Friedhof gezwungen sind, in beschmutzter Arbeitskleidung erscheinen zu müssen, was als pietätlos bezeichnet werden müsse.

Der Finanzausschuss erledigte dann noch den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen. Ueber diese Beratung werden wir noch ausführlich berichten. Am Donnerstag um 10 Uhr vormittag wird der Stadtsenat mit der Beratung des Voranschlages beginnen.